

Presseinformation, 27.03.2017

## **Bundeswehr: Keine Rekrutierung von Minderjährigen durch das Bochumer Jobcenter!**

**Das Verhältnis des Bochumer Jobcenters zur Bundeswehr ist ein Thema auf der Ratssitzung am Donnerstag, den 30. März. Mit einem Antrag will die Linksfraktion dafür sorgen, dass die Bochumer Arbeitsvermittler\*innen zukünftig nicht mehr gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstoßen, indem sie Jugendliche zum Militär schicken.**

„Bereits im Jahr 2014 hat der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes die Bundesrepublik aufgefordert, auf die Rekrutierung von Minderjährigen zu verzichten“, sagt Horst Hohmeier, Mitglied der Linksfraktion im Rat. „Trotzdem beteiligt sich die Stadt Bochum weiter an den umstrittenen Anwerbeversuchen der Bundeswehr unter Jugendlichen. Damit muss Schluss sein.“

Konkret beantragt die Linksfraktion, dass der Rat den städtischen Vertreter\*innen in der Trägerversammlung des Jobcenters die Weisung erteilt, sich dafür einzusetzen, dass keine Vermittlungen von Minderjährigen an die Bundeswehr mehr erfolgen. Sie sollen dem Rat außerdem zeitnah berichten, was sie konkret unternommen haben.

„Eine Ausbildung als Soldatin oder Soldat ist kein Job wie jeder andere – nicht nur, weil dort Menschen zum Töten ausgebildet werden“, sagt Horst Hohmeier. „Bei der Bundeswehr gilt das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht, die Minderjährigen müssen dort länger arbeiten als anderswo erlaubt. Beim Militär gilt Befehl und Gehorsam, und die Kindersoldaten haben keine eigene Interessensvertretung. In normalen Betrieben gibt es dafür eine Jugend- und Auszubildendenvertretung. Es ist schlicht unverantwortlich, wenn die Stadt dabei mitwirkt, Jugendliche in solche Verhältnisse zu vermitteln.“

Seit Jahren ist die Zusammenarbeit der Stadt Bochum mit der Bundeswehr heftig umstritten. Unter dem Motto „Kein Werben fürs Sterben“ formiert sich auf der Bochumer Berufsbildungsmesse regelmäßig Protest, weil die Stadt der

Bundeswehr dort Flächen zur Verfügung stellt, um unter Schüler\*innen Werbung zu machen.

Nach einer einjährigen Pause soll die Messe in diesem Jahr am 6. und 7. Mai wieder stattfinden. Trotz der Proteste von Friedensplenum, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und auch der Bochumer Linksfraktion in den vergangenen Jahren kündigen die Veranstalter\*innen erneut einen Werbestand der Bundeswehr an. „Wir fordern die Verantwortlichen auf, den Fehler zu korrigieren und das Militär auszuladen“, sagt Horst Hohmeier. „Wenn das nicht passiert, werden wir uns auch in diesem Jahr an den Protesten beteiligen.“

**Den Antrag der Bochumer Linksfraktion zur Ratssitzung am 30. März finden Sie anbei.**

Bildbeschreibung für die anhängenden Fotos:

*Kein Werben fürs Sterben: Die Bochumer Linksfraktion protestiert zusammen mit einem breiten Bündnis gegen die Bundeswehr-Werbung auf der Bochumer Berufsbildungsmesse im September 2015. Foto 1: Protest-Banner vor dem RuhrCongress. Foto 2: Der Bundeswehr-Stand im RuhrCongress ist umlagert und vollständig abgeschirmt. Sollte die Bundeswehr nicht von der Neuauflage der Messe am 6. und 7. Mai 2017 in der Jahrhunderthalle Bochum ausgeladen werden, kündigt die Fraktion an, die Proteste auch in diesem Jahr tatkräftig zu unterstützen.*

*Gerne können Sie die Fotos honorarfrei für die redaktionelle Berichterstattung nutzen. (Foto: Linksfraktion Bochum/Rolf van Raden)*